

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 8 86 846 pbbn d



Inhalt

Inge Wettig-Danielmeier
MdL, Vorsitzende der Ar-
beitsgemeinschaft sozial-
demokratischer Frauen,
zum Internationalen Frauen-
tag 1985: Wehrt Euch gegen
die Wende. Seite 1

Dr. Dieter Spöri MdB, Ob-
mann der SPD-Fraktion im
Finanzausschuß des Deut-
schen Bundestages, zum EG-
Streit um das Umwelt-Auto:
Alleingang für miserables
Steuerkonzept. Seite 3

Harald B. Schäfer MdB, Ob-
mann der SPD-Fraktion im
Innenausschuß des Deut-
schen Bundestages, zu den
jüngsten Bomben-Anschlägen:
Kein Dialog mit Terrori-
sten. Seite 4

Egon Lutz MdB, Obmann der
SPD-Fraktion im Ausschuß
für Arbeit und Sozialord-
nung des Deutschen Budnes-
tages, zu Frankes Philippi-
ka gegen illegale Beschäf-
tigung und Schwarzarbeit:
Die Leiharbeit verbieten.
Seite 5

Heinz Rapp MdB zum 95. Ge-
burtstag von Oswald von
Nell-Breuning: Ein Mann der
Treue. Seite 6

40. Jahrgang / 47

8. März 1985

Wehrt Euch gegen konservatives Roll-back

Zum Internationalen Frauentag 1985

Von Inge Wettig-Danielmeier MdL
Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer
Frauen (AsF)
Mitglied des SPD-Parteivorstandes

Den Kampf gegen Unterdrückung und Diskriminierung, gegen
schlechte Bezahlung sowie gesetzliche und gesellschaft-
liche Benachteiligung wird den Frauen niemand abnehmen,
den müssen wir selbst durchfechten.

Viel zu lange schon lassen Frauen zu, daß sie in allen
wichtigen politischen Gremien, vom Gemeinderat bis hin
zu Bundestag und Regierung, unterrepräsentiert sind
und männliche Mehrheiten die für die gesamte Gesell-
schaft wichtigen Entscheidungen treffen. Der Interna-
tionale Frauentag, der heute vor 74 Jahren zum ersten
Mal begangen wurde, ist ein guter Anlaß daran zu er-
innern, daß trotz großer Fortschritte für die Frauen,
insbesondere in den Bereichen Bildung und Arbeitsleben,
die gleiche Beteiligung an den politischen Entscheidungs-
prozessen noch lange nicht erreicht ist.

Verlag:

Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10/217
5300 Bonn 1

Frankfurter Ausgabe
mit sozialdemokratischer
Rechtslage-Polizei



Ich wende mich heute an die Frauen und fordere sie auf, sich einzumischen und ihre Interessen überall dort zu vertreten, wo über die Zukunft unserer Gesellschaft, über Arbeitsplätze, Umweltschutz, Ausbildung, Abrüstung, Soziale Sicherung und Dritte Welt entschieden wird. Ich kenne die vielfältigen Hindernisse und Schwierigkeiten, die bislang eine ausreichende Vertretung der Frauen verhinderten.

Aber ich weiß auch, daß das Verhältnis vieler Frauen zu gesellschaftspolitischen Fragestellungen und zu den gegebenen politischen Strukturen sich gewandelt hat. Sie wollen eine neue Politik und sich nicht länger von wohlformulierten Papieren abfertigen lassen. Die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen ist offen für alle Frauen, die nicht länger hinnehmen wollen, daß andere für sie entscheiden. Sie bietet Frauen die Möglichkeit, ihre politischen Vorstellungen weiterzuentwickeln und eigenständige politische Arbeit zu leisten. Die Parteien mußten erkennen, daß ohne die Stimmen kritischer Wählerinnen Mehrheiten nicht mehr zu gewinnen sind. Die Frauen werden am kommenden Sonntag in Hessen, im Saarland und in Berlin den Ausgang der Wahlen bestimmen. Doch wir dürfen es nicht dabei belassen. Ich fordere die Frauen auf, schaffen Sie sich durch Mitarbeit mehr politisches Gewicht, wehren Sie sich gegen konservatives Roll-back.

(~/8.3.1985/rs/ks)

+ + +



Umwelt-Auto in Brüsseler Sackgasse

Alleingang für miserables Steuerkonzept

Von Dr. Dieter Spöri MdB

Obmann der SPD-Fraktion im Finanzausschuß des Deutschen Bundestages

Ob nun noch einmal ein Sonderrat der Umweltminister nach der verfahrenen Verhandlungssituation stattfindet oder gar der EG-Gipfel darüber zum Monatsende ein nochmaliges Tauziehen veranstaltet: Die Bundesregierung hat mit ihrem Konzept steuerlicher Anreize auf europäischer Ebene keine Kompromißchance. Eine Einigung kann aus heutiger Sicht günstigstenfalls über das Einführungsdatum der Abgasregelung für größere PKWs erzielt werden. In der Frage steuerlicher Anreize hat sich dagegen die Position der Bundesregierung in Brüssel weiter verschlechtert. Da jetzt nach Großbritannien auch Italien ein förmliches Memorandum dagegen bei der EG-Kommission eingereicht hat, kommt Bonn an einer Klage vor dem Europäischen Gerichtshof nicht vorbei, weil die Partner in den geplanten Steueranreizen eine EG-vertragswidrige Beihilfe sehen.

Das ärgerlichste daran ist jedoch, daß die Bundesregierung jetzt den nationalen Alleingang für ein miserables Steuerkonzept riskiert, das nach den Ergebnissen der Bundestagsanhörung umweltpolitisch weitgehend wirkungslos wäre und zudem ein für Käufer beziehungsweise Kfz-Halter unübersichtliches Dickicht steuerpolitischer Komplizierungen schafft. Wenn die Bundesregierung auf europäischer Ebene schon konfliktbereit ist, dann wäre sie besser beraten gewesen, den Konflikt mit den Partnerländern beziehungsweise vor dem Europäischen Gerichtshof von vornherein für die umweltpolitisch effektivste Lösung - obligatorische US-Grenzwerte - durchzustehen. Es war ein schwerwiegendes Fehler, daß Zimmermann von vornherein auf das Einlegen des Gesundheitsvorbehalts nach Artikel 36 des EWG-Vertrages verzichtet hat.

Nach dem Scheitern des EG-Umweltrats steht die Bundesregierung vor einem umweltpolitischen Scherbenhaufen. Zwei Jahre sind jetzt vertan worden, ohne daß auf europäischer Ebene ein Konsens im Kampf gegen das Waldsterben gefunden wurde. Für das von der Bundesregierung jetzt absehbar im Alleingang verfolgte miserable Steuerkonzept lohnt sich ein fundamentaler EG-Konflikt kaum. Die jetzt total verfahrenene Situation ist Ergebnis einer dilletantischen Umweltpolitik, die mit bisher unerreichter Naivität den europäischen Aspekt von vornherein unterschätzt hat.

(-/8.3.1985/rs/ks)

+ + +



Rechtsstaat nicht zu erschüttern

Mit Terroristen kann es keinen politischen Dialog geben

Von Harald B. Schäfer MdB

Obmann der SPD-Fraktion im Innenausschuß des Deutschen Bundestages

Die Sozialdemokraten verurteilen mit Abscheu die jüngsten Bombenanschläge. Sie unterstützen die Organe der inneren Sicherheit bei ihrem Bemühen, die Verbrechen aufzuklären und weitere Anschläge zu verhindern. Den Verletzten der Anschläge gilt unsere Anteilnahme.

Nach den ersten Erkenntnissen sind die Täter den RAF-Terroristen zuzurechnen. Was sich nach den terroristischen Anschlägen um die Jahreswende und den Mord des MTU-Chefs Ernst Zimmermann abgezeichnet hat, ist offenkundig eingetreten: Ziel der Gewaltanschläge sind nicht mehr ausschließlich "Repräsentanten des politischen Systems", sondern auch die Bevölkerung. Jedermann muß wissen: Unser Rechtsstaat läßt sich durch Gewaltanschläge nicht erschüttern.

Wer andere Zustände in der Bundesrepublik herbeibomben will, scheitert an der überwältigenden Ablehnung der Gewalt durch die Bevölkerung ebenso wie an der entschiedenen Entschlossenheit unseres Rechtsstaates, auch diese Herausforderung mit den Mitteln des Rechtsstaates zu bestehen.

Wer immer noch wie die GRÜNEN durch ihre Fraktionssprecher, die Abgeordneten Frau Nickels und Frau Vollmer, die inhaftierten Terroristen als "politische Gefangene" bezeichnet und es für notwendig hält, mit ihnen politisch zu diskutieren, hat die terroristische Herausforderung nicht begriffen. Statt mit den Terroristen "die politische Auseinandersetzung zu suchen", sollten sie das verbrecherische Treiben politisch verurteilen und deutlich sagen, was diese Terroristen sind, nämlich Kriminelle der Übelsten Art.

(-/8.3.1985/rs/ks)

+ + +



Die Leiharbeit verbieten!

Frankes Philippika gegen Schwarzarbeit und illegale Beschäftigung zielt zu kurz

Von Egon Lutz MdB

Obmann der SPD-Fraktion im Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung des Deutschen Bundestages

Der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit hat das Kunststück vollbracht, innerhalb von vier Tagen gleich zwei Mal die Schlagzeilen unserer Republik zu beherrschen: am Montag mit den katastrophalen Arbeitsmarktzahlen des Februar und am heutigen Tag mit seinen Verlautbarungen zum Thema illegale Beschäftigung und Schwarzarbeit.

Wer vermag zu sagen, ob dabei der Eindruck gefördert werden sollte (zum Beispiel aufgrund der besonderen zeitlichen Nähe der beiden Pressekonferenzen) die verheerende Massenarbeitslosigkeit sei vor allem eine Folge der illegalen Beschäftigung von 100.000 bis 500.000 Arbeitnehmern in der Bundesrepublik?

Als propagandistischer Entlastungsangriff für eine Bundesregierung, die angesichts der von ihr verschuldeten Arbeitslosigkeits"rekorden" zunehmend unter Druck gerät, ist das Thema zu ernst, um es auf eine solche Weise zu mißbrauchen! Frankes "Appell an den Gemeinsinn aller Bürger, illegale Beschäftigung und Schwarzarbeit ins Abseits zu stellen" sollte daher vor allem bei den "Bürgern" in der Bonner Regierungskoalition auf fruchtbaren Boden fallen.

Dort aber herrscht immer noch die gemeinsame ideologische Grundüberzeugung von dem zu Schwarzarbeit verleiteten einzelnen Arbeitnehmer als dem Prügelknaben. Natürlich muß Schwarzarbeit auch individuell bekämpft und bestraft werden, und natürlich hat niemand gerade in Krisenzeiten für sie Verständnis. Schwarzarbeit kostet legale Arbeitsplätze und den Staat Steuern und Sozialabgaben, auf die er dringend angewiesen ist.

Was wir aber brauchen, ist eine umfassende Gesamtstrategie. Was wir brauchen, sind härtere Maßnahmen und administrative Verbesserungen, um gerade diejenigen endlich wirksamer zu verfolgen, die berufsmäßig ihre Geschäfte mit Schwarzarbeit, Leiharbeitern und anderen illegalen Beschäftigungsformen machen und die Gesellschaft schädigen. Was wir brauchen, ist das von SPD und Gewerkschaften seit langem geforderte generelle Verbot der Arbeitnehmerüberlassung. Die verschiedenen Formen illegaler Beschäftigung entwickeln sich im Schatten des sogenannten legalen Arbeitnehmerverleihs und unter dessen Deckmantel. Illegale Beschäftigung ist demnach auch nur dann wirksam zu bekämpfen, wenn alle Formen der Leiharbeit gesetzlich verboten würden.

Was wir bis dahin brauchen, ist zumindest eine Unterbindung von Scheinwerkverträgen zur Umgehung des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes und die schrittweise Ausdehnung des bestehenden - auf das Baugewerbe beschränkten - Verbots der Leiharbeit auf andere Wirtschaftszweige. Was wir bis dahin ebenfalls brauchen, ist eine Verschärfung der Sanktionsandrohungen der illegalen Arbeitnehmerüberlassung. Die geltenden Bußgeldtatbestände haben keinerlei Abschreckungswirkung gezeigt, da Geldbußen bis zu 50.000 DM für die Profi-Entleiher offensichtlich der sprichwörtliche Klacks sind.

Was wir zudem brauchen, ist eine Verstärkung der Fahndungsdienste bei den Arbeits- und Finanzämtern sowie eine Personalaufstockung bei den Schwerpunkt-Staatsanwaltschaften. Die von Franke genannten 25 Stützpunkte bei den Arbeitsämtern, zu denen im Laufe des Jahres vier weitere hinzukommen sollen mit dann 318 Mitarbeitern bundesweit, sind unzureichend. Hier muß noch wesentlich mehr geschehen.

Die Entwicklung aber scheint in die entgegengesetzte Richtung zu gehen: Der Bundesarbeitsminister plädiert für die Ausweitung der gewerbsmäßigen Arbeitnehmerüberlassung, und beim Thema Leiharbeit herrscht ansonsten Funkstille bei CDU/CSU/FDP. Hier aber liegt die Krux der illegalen Beschäftigung. (-/8.3.1985/rs/ks)

+ + +



Grenzgänger von Beruf - ein Mann der Treue

Zum 95. Geburtstag von Pater Oswald von Nell-Breuning

Von Heinz Rapp MdB

Unter den Zeugen des Jahrhunderts ragt er schon durch die ihm zugemessene Zeit heraus: Oswald von Nell-Breuning wird heute 95. "Biblisches Alter" - er hört es schon lange: ich habe ihn sagen hören, jung sein könne man in jedem Alter, nur daß es mit den Jahren halt beschwerlicher werde, jung zu sein. Ironie ist eines der Stilmittel, mit denen er sich und andere und den Lauf der Welt begreift.

Vermutlich gibt es niemanden, der sein Werk voll überblickt; ob's inzwischen 1.700 oder 1.800 oder 1.900 Publikationen sind, was soll's, es kommen ja noch immer welche hinzu. "Nestor der katholischen Soziallehre" wird er genannt - wer damit aber die Vorstellung hoher und gar dünner theologisch-philosophischer Abstraktion verbände, hätte es doppelt nötig, sich auf Nell (und die katholische Soziallehre) einzulassen: ich kenne keinen Soziallehrer, der sich der Wirklichkeit und den Problemen konkreter stellte als er. Der Mann mischt sich ein: 1928 - Bankenkrise - der 38-Jährige mit einer Arbeit zur Börsenmoral, 1984 - Kampf um die Arbeitszeit - der 94-Jährige zur Arbeitszeitverkürzung und in diesem Jahr "aus gegebenen Anlaß" der 95-Jährige zur Rentenversicherung und zum Generationenvertrag.

Der Mann hat ein Leben lang gelernt, verarbeitet, angeeignet auch und gerade dort, wo er unterschieden und geschieden hat: Dabei ist er sich treu geblieben wie kaum ein anderer der großen Zeugen unseres so bewegten Jahrhunderts. Ein Paradox, ein Widerspruch? Nein: Oswald von Nell-Breuning war und ist ein "Grenzgänger von Beruf" (Friedhelm Hengsbach S.J.).

Die Familie stammt aus dem Landadel, aus Trier, Abitur hat er im gleichen Gymnasium gemacht wie Karl Marx - der ihn immer und immer wieder beschäftigt hat: "Wir alle stehen auf den Schultern von Karl Marx", hat er gesagt - dessen Lehre er falsch nennt mit dem Bemerkten, daß sie Kraft ziehe aus den zutreffenden Erkenntnissen, die sie enthält. Die andere Meinung ist ihm, Nell-Breuning, niemals Bedrohung der eigenen Identität gewesen und stets Herausforderung zur Mehrung des Gemeinsam-Guten.

1911 - 21jährig - tritt Nell in die Gesellschaft Jesu ein, der Orden wird ihm Heimat - wie jeder spürt, der ihn in der geliebten Askese seiner Lebenswelt draußen in Frankfurt - Sankt Georgen hat erleben dürfen. Ordensleute leben "an der Grenze". 1921 wird er - inzwischen studierter Volkswirt - zum Priester geweiht. Es folgen die Jahrzehnte der Hochschultätigkeit (Schreibverbot 1936 bis 1945; 1944 wird er zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt) und der vielfältigen Beratertätigkeit in kirchlichen, gesellschaftlichen und politischen Gremien und Aufgaben. Alles ist ihm "priesterlicher Dienst" - darauf, daß er seine Arbeit nie anders verstanden hat, führt er zurück, daß er Gehör findet



"auch in außerkirchlichen Kreisen". Die fordernde Genauigkeit der Gedankenführung bis in die Präzision der Sprache hinein - ich habe sie immer als den stimmigen Ausdruck der ihm eigenen Frömmigkeit empfunden, als Treue zur Sache, die - wo immer es um die Menschen und ihr Zusammenleben geht - auch die Sache Gottes ist.

Neil-Breunings Name ist eng verknüpft - "nahezu identisch" (Hengsbach) - mit der katholischen Soziallehre. Ich wag's zu sagen: Er hat sie vom Kopf auf die Füße gestellt.

Lange Jahre präsentierte sich die katholische Soziallehre mit dem Anspruch, das einzig gültige Modell der objektiven Ordnung und einfach deshalb richtig zu sein, weil die Kirche sie lehrte: apodiktisch, monolithisch, maximalistisch. Der Höhepunkt dieser Phase ist mit Namen wie Pius XII. oder P. Gundlach verknüpft. Ohne hinreichende Unterscheidung nach festem Bestand und situationsbedingt Hinzugefügtem, nach Prämissen grundsätzlicher und solchen tatsächlicher Art, nach Graden der Verbindlichkeit also, trat sie "der Welt" (und damit auch der Sozialdemokratie) vorwiegend in auftrumpfender Besserwisseri und Polemik gegenüber.

Zur Sozialdogmatik erstarrt, teils auf landwirtschaftliche, teils auf industriewirtschaftliche Strukturen einzig des westlichen Kulturkreises fixiert, verlor sie zusehends an Relevanz für die Bewältigung wechselnder politischer Herausforderungen wie auch an wissenschaftlicher Reputation. Als "in sich geschlossene Lehre" gab sie nur noch orakelhafte Rezepte - oder auch konkreteste Detailanweisungen her, denen das Stigma der Überschreitung der Sachkompetenz anhaftete. Funktional drohte sie zu einer Rechtfertigungsideologie für die bestehenden bürgerlich-konservativen Verhältnisse und Interessen sowie zur antisozialistischen (an ihren Rändern auch antidemokratischen) Schlagwaffe zu degenerieren.

Der erste und wichtigste Dienst, den Oswald von Neil-Breuning der Soziallehre seiner Kirche leistete, war, daß er die Frage nach ihrem Selbstverständnis, nach ihrer Begründbarkeit und nach ihrer Funktion stellte; in jüngster Zeit gilt sein Bemühen dem Anschluß an die heutige Wissenschaftstheorie. Dabei dringt er bis zu der Erkenntnis vor, daß "katholisch" an der katholischen Soziallehre nur ihre Herkunft und ihre Letztbegründung sein könne: Sie ist Ausfluß des aus dem Glauben folgenden Menschenbildes - dem, was Gott über den Menschen und seine Absichten mit ihm geoffenbart hat -. Ausfluß also der Persönlichkeit des gottebildlichen Menschen, der sich in der Zweipoligkeit seiner Individual- und seiner Sozialnatur entfaltet.

In ihrem Inhalt aber hat die Soziallehre der Kirche, so von Neil-Breuning, "schlicht und recht Sozialwissenschaft zu sein", deren Wahrheits- und Geltungsanspruch sich aus dem Grad ihrer Sachgerechtigkeit ergibt. So hat Oswald von Neil-Breuning der katholischen Soziallehre den Prälatenrock aus- und den Straßenanzug der übrigen Zeitgenossen angezogen.

Vom Kopf auf die Füße - will also heißen: Heraus aus dem Elfenbeinturm der Abstraktion und auch der konfessionellen Verengung und hinein in die Praxis; heraus aus der Alles- und Besserwisseri und hinein in die Genauigkeit und Treue der Sachkompetenz; heraus aus der dröhnenden Sprache allzuständigen Urteilens und Verurteilens und hinein in den Gottesdienst des werbenden Bemühens um den Menschen



und um die Verbesserung seiner Daseinsbedingungen. In der Versöhnung der Kirche mit der Arbeiterschaft und der Arbeiterschaft mit der Kirche sieht er die Aufgabe seines Lebens - das Maß der Enttäuschungen, die er dabei auch erlebt hat, markierte oft die Distanz auch zu innerkirchlichen Strukturen.

Wenn Oswald von Nell-Breuning über die Personwürde des Menschen spricht, wird er dies allemal bis in die Konsequenz der Mitbestimmung und der Produktivvermögensbildung der Arbeitnehmer hinein tun. In diesem Sinne hat er über die Jahrzehnte hinweg den Deutschen Gewerkschaftsbund begleitet: Mit weiterführendem Rat, aber auch mit klarer Kritik, wo ihm dies angezeigt erschien. Der DGB hat ihn dafür mit dem Hans Böckler-Preis geehrt.

Kritische Sympathie hat immer auch sein Verhältnis zu den beiden großen Parteien bestimmt. Er hat Einfluß genommen auf die Gestaltung des Godesberger Programms der SPD. Seine Mitarbeit als korrespondierendes Mitglied hat bis in die letzten Jahre hinein die Arbeit der Kommission Grundwerte der SPD befruchtet. Wie (leider allzu) wenige hat Oswald von Nell-Breuning das "Prinzip SPD" begriffen: Menschen unterschiedlicher weltanschaulicher Herkunft und Bindung zu einheitlichem politischem Handeln zusammenzuführen in der Orientierung an unterschiedlich begründeten, aber gemeinsamen getragenen Grundwerten der Freiheit, der Gerechtigkeit und der Solidarität. Und wenn die Partei ihn enttäuscht hat, war seine Kritik stets die enttäuschter Liebe.

Ein Grenzgänger ist er, Grenzgänger von Beruf, nirgendwo macht er sich gemein, für alle ist er da. Wo er Ungerechtigkeit bekämpft, wirbt er für den Glauben an Gott. Ein friedlicher Kämpfer ist er, ein Kämpfer für den Frieden. Mögen ihm dafür weitere gute Jahre zugemessen sein!

Die Frage aber stellt sich: Was wird aus unserer politischen Kultur, was aus der Problemlösungsfähigkeit unserer Demokratie, wenn es einmal diese "Grenzgänger von Beruf", diese Nell-Breunings und Dirks' und andere, nicht mehr geben wird und nur noch diese smarten Leute mit den geschneigten schwarz-weißen Welt-Abschauungen?
(-/8.3.1985/rs/ks)

+ + +

